GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Eine Stadt für alle? Gender und Diversity in der räumlichen Planung

Gwisdalla, Miriam

2007

https://doi.org/10.25595/3104

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gwisdalla, Miriam: *Eine Stadt für alle? Gender und Diversity in der räumlichen Planung*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 16 (2007) Nr: 1, 67–77. DOI: https://doi.org/10.25595/3104.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Pantelidou Maloutas, Maro, 2005: „Comparing Frames, Framing Comparisons: Greece/EU Frames on Gender Inequality in Politics." The Greek Review of Social Research. 117 B, 149-168.

Rat der Europäischen Union, 1997: RICHTLINIE 97/81/EG des Rates vom 15.12.1997 zu der von UNICE, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinigung über Teilzeitarbeit. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 014 vom 20.1.1998.

Roggeband, Conny/**Verloo**, Mieke, 2007: „Dutch Women are Liberated, Migrant Women are a Problem: The Evolution of Policy Frames on Gender and Migration in the Netherlands (1995-2005)." Social Policy and Administration (im Erscheinen).

Rönnblom, Malin, 2005: „Challenges in the Studies of Comparative Constructions of Gender Equality." The Greek Review of Social Research. 117 B, 235-249.

Squires, Judith/**Wickham-Jones**, Mark, 2004: New Labour, Gender Mainstreaming and the Women and Equality Unit. The British Journal of Politics and International Relations. 6. Jg. H. 1, 81-98.

Svensson, Eva-Maria u.a. (Hg.), 2004: Nordic Equality at a Crossroads. Feminist Legal Studies Coping with Difference. Aldershot.

Thanopoulou, Maria/**Tsiganou,** Joanna, 2005: „Representations of Gender in Public Rhetoric. The Case of Law-Making on Immigration in the Greek Parliament." The Greek Review of Social Research. 117 B, 169-187.

The Greek Review of Social Research, 2005: Differences in the Framing of Gender Inequality as a Policy Problem across Europe. Special Issue. 117 B.

Verloo, Mieke, 2005: „Mainstreaming Gender Equality in Europe." The Greek Review of Social Research. 117 B, 11-34.

Verloo, Mieke u.a., 2005: "Framing the Organisation of Intimacy as a Policy Problem across Europe." The Greek Review of Social Research. 117 B, 119-147.

Waaldijk, Kees/**Bonini-Baraldi**, Matteo, 2006: Sexual Orientation Discrimination in the European Union: National Laws and the Employment Equality Directive. The Hague.

Walby, Sylvia, 2002: „Feminism in a Global Era." Economy and Society. 31. Jg. H. 4, 533-557.

Woodward, Alison E., 1999: „Women Acting Rationally: Speaking the Language of Power to Gender Test the State." In: Goldmann, Monika (Hg.): Rationalisation, Organisation, Gender. Proceedings of the International Conference. Beiträge aus der Forschung 111. Dortmund, 133-143.

Eine Stadt für alle?

Gender und Diversity in der räumlichen Planung

MIRIAM GWISDALLA

Gender Mainstreaming (GM) erobert seit einiger Zeit auch den Bereich der räumlichen Planung. Die Integration der Geschlechterperspektive in alle politischen Handlungsfelder „ex ante" hat damit auch die Städtebaupolitik und Stadtplanung erreicht. Auftakt bildete eine Publikation des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), die in kürzester Zeit vergriffen war. Ein weiteres Beispiel ist das Forschungsprojekt „Gender Mainstreaming im Städtebau" der Abteilung Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau

und Stadtentwicklung, das Verfahrensschritte zur systematischen Steuerung von Gender-Aspekten in der kommunalen Verwaltung sowie ein Ziel- und Indikatorenset zum Thema GM im Städtebau erarbeiten sollte (vgl. BBR 2004, 7).[1] Die Projektbearbeiterinnen kamen dabei zu einen interessanten Ergebnis: In den Modellstädten wurde GM vor allem in Form von Beteiligungsverfahren für verschiedene Ziel- und NutzerInnengruppen umgesetzt (vgl. BBR 2006a). Die Handlungsansätze gingen dabei häufig über reines „Gendern" hinaus und griffen Aspekte des Diversity Management auf, d.h. eine Differenzierung der Bedürfnisse verschiedener Gruppen, z.B. verschiedener ethnischer, Alters- oder auch mobilitätseingeschränkter Gruppen.
Aus diesem Befund ergeben sich verschiedene Fragen: Ist die Raumplanung also so fortschrittlich, dass sie von Gender nahtlos zu Diversity übergeht und in der Praxis den theoretischen Diskurs innerhalb der Planungswissenschaften scheinbar überholt? Oder liegt diese Verschiebung nicht vielmehr daran, dass vielfach weiterhin unklar ist, was GM bedeutet und wie es konkretisiert und operationalisiert werden kann? Ist eine klare Entwicklung in der Praxis zu erkennen, die den Dreischritt macht von der frauengerechten Planung über Gender Mainstreaming zum Equity Planning[2]? Existiert alles gleichzeitig oder werden alte Strategien manchmal mit neuen Namen versehen? Hier wird die These vertreten, dass zielgruppendifferenzierte Beteiligungsprozesse als Ersatz für die klare Formulierung von Gender-Zielen dienen. Es besteht die Gefahr eine allgemeine Zielgruppenorientierung mit Gender Mainstreaming gleichzusetzen und dabei das Ziel der Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit zu verlieren. Strukturelle Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern können aus dem Blick geraten und stereotype Rollenmuster eher verfestigt als abgebaut werden.
Im Folgenden möchte ich zunächst kurz die Entwicklung der Gender-Thematik in der Planung – beginnend bei der frauenfreundlichen und frauengerechten Stadt hin zur geschlechtergerechten Stadt bis zum momentanen GM und Equity Planning – skizzieren, um anschließend die oben aufgeworfenen Fragen anhand zweier Fallbeispiele zu erörtern.

Von der frauengerechten Planung zum Gender Planning

Die Entwicklung einer geschlechtergerechten Planung[3] in den vergangenen Jahrzehnten ist in zwei Kontexten verortet: Sie ist einerseits eingebunden in die Planungstheorie und den hier in den letzten drei Jahrzehnten vonstatten gegangenen Paradigmenwechsel. Andererseits ist die geschlechtergerechte Planung durch verschiedene Strömungen der feministischen Theorie in der Soziologie, Psychologie, Philosophie und Politikwissenschaft beeinflusst. Beides kann hier nicht eingehend dargestellt werden. Es sollen nur kurz die wichtigsten Punkte der Entwicklung geschlechtergerechter Planung angerissen werden.[4]

Von Gruppenrepräsentation und Dekonstruktion

Mit dem Aufkommen der neuen Frauenbewegung Anfang der 1970er Jahre entstanden erste Ansätze, den Interessen von Frauen auch in der räumlichen Planung stärker Rechnung zu tragen. Zu diesem Zeitpunkt, als der technokratische Planungsansatz in die Krise geriet, aber in der Praxis noch mehrheitlich angewendet wurde, wirkte es richtungsweisend, sich an spezifischen Gruppeninteressen zu orientieren, schließlich wurde bis dato, einem positivistischen Politikverständnis folgend, nur *ein* Weg gesehen, eine Stadt richtig zu planen. Dem gegenübergestellt wurde der Ansatz, Frauen als strukturell marginalisiert und diskriminiert und deshalb durch die herrschende Planung nicht repräsentiert zu betrachten. Die Gruppe der Frauen wurde hier gleichgesetzt mit dem mit Reproduktionsarbeit und Fürsorgeverantwortung betrauten Bevölkerungsteil.

Dabei ging und geht es um die Einbindung von vermeintlich einheitlichen Fraueninteressen auf zwei verschiedenen Ebenen: als Adressatinnen und Nutzerinnen auf der einen Seite, als Planende und Ausführende auf der anderen Seite.

Tatsächlich ist die Beteiligung von Frauen – auch im Vergleich zu anderen vermeintlich geschlechtsneutralen, tatsächlich aber männlich dominierten Bereichen – im Politikfeld Bauen, Wohnen und Verkehr als aktiv Planende auf allen politischen Ebenen, von der Kommunal- bis zur Bundesebene, nach wie vor äußerst gering. Ein Lösungsansatz wird darin gesehen, Grundsätze für das Wettbewerbswesen bei Ausschreibungen dahingehend zu verändern, dass eine Beteiligung von Frauen bzw. eine Berücksichtigung von Geschlechteraspekten als zwingend notwendig gelten (vgl. Färber 2005, 204). Dieser Ansatz bleibt aber auf der Ebene der frauengerechten Planung verhaftet; Frauen werden hier weiterhin als homogene Gruppe mit einheitlichen Gruppeninteressen definiert. Dieser Ansatz wurde jedoch dahingehend kritisiert, dass damit unterschiedlichen Lebenslagen nicht Rechnung getragen werde. Vielmehr bestehe die Gefahr, durch die stetige Betonung einer Marginalisierung und Diskriminierung von Frauen, diese Prozesse zu reproduzieren und zudem Männer aus ihrer Zuständigkeit für diese Themen zu entlassen (vgl. u.a. Baumgart 2004, 99f.).

Mit diesen ersten Überlegungen für eine geschlechtergerechte Planung und im Kontext entsprechender Auseinandersetzungen in der feministischen Debatte wurden zwei Fragen aktuell. Erstens: Wer ist Subjekt des Feminismus? Geht es nur um die Emanzipation der Frau in der Mehrheitsgesellschaft, womit – wie vor allem in der angelsächsischen und US-amerikanischen Diskussion kritisiert wurde – die weiße Mittelstandsfrau gemeint ist, oder müssen vielmehr alle Unterdrückungsverhältnisse anhand der Kategorien *class – race – gender* mit einbezogen werden? Etwas zugespitzt: Bedeutet Emanzipation für die kaum deutsch sprechende muslimische Reinigungskraft etwas anderes als für die deutsche Akademikerin? Zweitens wurde die Kategorie „Frau" an sich in Frage gestellt, also die Geschlechterdualität als herrschaftliches Konstrukt entlarvt.

Einige feministische Wissenschaftlerinnen und Praktikerinnen sehen in GM die Möglichkeit, diese theoretischen Debatten in die Praxis zu überführen, indem die Ge-

schlechterperspektive in allen Bereichen der Politik und der Planung Anwendung findet und geschlechtsspezifische Unterdrückungsmechanismen sichtbar gemacht und thematisiert werden sollen. „Das ‚Gender Mainstreaming' bietet, wenn es konsequent angewendet wird, die Möglichkeit der großen Umverteilung zwischen den Geschlechtern, der Enthierarchisierung und Auflösung der Geschlechterordnungen" (Fuhrmann/Liegl 2001, 43f.).

Vom Gender Mainstreaming zum Equity Planning – die logische Konsequenz?

Equity Planning, von Christine Bauhardt mit „ausgleichender Gerechtigkeitsplanung" (2003, 39) übersetzt, kann als weiterführendes Konzept von GM im Sinne der Debatte um die Kategorien race – class – gender gesehen werden, auch wenn es zeitlich früher anzusetzen und in einer marxistischen Theorietradition zu verorten ist (vgl. Fainstein/Fainstein 1996, 278f.). Equity Planning zielt auf die Wahrnehmung und Berücksichtigung aller strukturellen Unterdrückungsmechanismen von unterrepräsentierten Gruppen und/oder Minderheiten im raumbezogenen Planungsprozess und letztlich auf die Aufhebung ihrer Unterdrückung. Hier sind Parallelen zum Managing Diversity zu erkennen, die eher methodischer als inhaltlicher Natur sind. Planung wird als politischer, nicht als rein administrativer Prozess verstanden, bei dem die staatliche Planung als Politik im Interesse der herrschenden Klasse entlarvt wird. Neuere Ansätze plädieren ebenfalls für eine Erweiterung der Gender-Debatte und eine Verknüpfung mit anderen Kriterien. Christine Grüger nimmt Bezug auf die Nachhaltigkeitsdebatte, denn „Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit stellen zwei querschnittsorientierte Handlungsfelder dar, deren Integration in eine weitere querschnittsorientierte Aufgabe, die Raumplanung, vollzogen werden muss" (Grüger 2000, 94). Ihre Lösung ist ein Gender-Audit, in Anlehnung an das Öko-Audit und Gender Impact Assessment und steht im Gegensatz zu starren Kriterienkatalogen. Renate Ruhne (2003) dagegen erarbeitet ein Raum und Geschlecht verknüpfendes Analysemodell. Ihre Fragestellung ist, inwieweit sich Machtgefüge durch die Vergeschlechtlichung des Raumes immer wieder aufs Neue konstituieren. Sie geht dabei so weit, die zweigeschlechtliche Ordnung und die Teilung in öffentliche und private Räume als schwer überwindbares Hindernis anzusehen, da bestehende Machtverhältnisse eher stabilisiert denn abgebaut werden (vgl. Ruhne 2003, 203).
Ansätze eines Diversity Planning beziehen sich vielfach lediglich auf Diversität im Sinne von ethnischer Vielfalt und versuchten vornehmlich, durch bestimmte Methoden MigrantInnen an Planungsprozessen zu beteiligen (vgl. Bohle u.a. 2004). Dies greift jedoch zu kurz. Für die Praxis erscheint eine Ergänzung des Gender-Audit-Ansatzes um Elemente des Diversity sinnvoll.

Gender Mainstreaming in der Praxis der räumlichen Planung – mehr als nur schöne Worte?

Wie häufig der Fall, hinkt die praktische Umsetzung jedoch der theoretischen Debatte hinterher. Laut einer Umfrage des Deutschen Städtetages im Jahr 2003 setzten zwar inzwischen die Hälfte der Kommunen nach eigener Auskunft GM um, wobei die Stadtplanung als eines der häufigsten Fachgebiete genannt wurde. Thematische Schwerpunkte sind hierbei die Bereiche Spielplatzgestaltung, Verkehrspolitik und die Debatte um Sicherheit und Angsträume in der Stadt, sozusagen die „Klassiker" einer frauen- bzw. mädchengerechten Planung. Da hier bereits vielfältige Erfahrungen gemacht wurden wird im Bereich der räumlichen Planung zur Umsetzung von GM vielfach auf bekannte Rezepte zurückgegriffen (Mobilität, Erreichbarkeit, Zeit, Sicherheit). Gender ersetzt dann nur den Begriff „Frauen", wobei hier dann auch wieder eine bestimmte (klassischerweise die in Reproduktionsaufgaben involvierte) Frauengruppe im Vordergrund steht. Durch die rechtliche Verankerung von GM erhalten deren Ansprüche allerdings mehr Schlagkraft.

Zur Einführung des GM-Ansatzes in das Verwaltungshandeln werden GM-Info-Veranstaltungen oder Gender-Trainings durchgeführt, manchmal verpflichtend auf der Leitungsebene, manchmal auch nur für Interessierte aller Ebenen. Es werden dezernats- und ämterübergreifende Arbeitsgruppen gebildet, Gender-Beauftragte (unabhängig von Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragten) ernannt, entweder für die gesamte Verwaltung oder für jedes Dezernat oder Amt (vgl. Deutscher Städtetag 2003, 7). Die GM-Beauftragten werden aber entweder nur teilweise für diese Aufgabe freigestellt oder müssen sie neben ihrer eigentlichen Tätigkeit erfüllen. Die Ernennung von – noch dazu männlichen – hauptamtlichen GM-Beauftragten in den kommunalen Verwaltungen ist mir bisher nicht bekannt. In den meisten Städten läuft die Koordination des GM-Prozesses über die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, was zwiespältig anzusehen ist: Einerseits ist sie so bei einer kompetenten Person verhaftet, andererseits besteht die Gefahr, dass „Gender" mit „Frau" gleichgesetzt wird.

Von Verwaltungsseite wird neben den gerade erwähnten Maßnahmen meist eine geschlechterdiffenzierte Datenerhebung und -analyse zumindest in Ansätzen als GM-Instrument betrieben. Diese beziehen sich auf alle Sektoren der Kommunalpolitik, also nicht allein auf die Stadtplanung. Das „Gendern" fällt dabei in direkt personenbezogenen Feldern wie Wirtschaft (Frauenqualifizierungsmaßnahmen), Soziales (Hilfe für Alleinerziehende), Jugend (Mädchen- und Jungenprojekte) und inzwischen auch Gesundheit (Frauen sind „anders" krank) leichter und wird auch häufiger betrieben als in der Stadtplanung.

In der räumlichen Planung werden folgende Mittel verwendet:

– verschiedene Beteiligungsverfahren, z.B. BürgerInnenbeteiligung in Form von Umfragen, Workshops, Stadt(teil)spaziergängen, Zukunftswerkstätten;
– Erstellung von Kriterienkatalogen und ex-ante-Bewertung (Parallelen zur Umweltverträglichkeitsprüfung/UVP);
– Analyse der Lebenssituationen und Bedürfnisse verschiedener Personengruppen.

Derartige Handlungsansätze gehen häufig über reines „Gendern" hinaus und greifen Aspekte des Diversity Management auf, d.h. eine Differenzierung der Bedürfnisse verschiedener Gruppen, z.B. verschiedener ethnischer, Alters- oder auch mobilitätseingeschränkter Gruppen.

Praxisbeispiele

Im Folgenden möchte ich auf zwei aktuelle bundesdeutsche Beispiele eingehen, an denen die Gleichsetzung von geschlechtergerecht (Umsetzung von GM) und nutzerInnen- bzw. zielgruppenorientiert besonders deutlich wird. Hierbei stehen weniger die inhaltlichen als vielmehr die prozessualen Aspekte im Vordergrund.

GenderAlp![5]

Ziel dieses Projekts ist die Verknüpfung von Gender Planning und Gender Budgeting zur Umsetzung von GM. Es sollen praktische Instrumente und Indikatoren zur Umsetzung von GM in allen Bereichen der räumlichen Planung (z.B. auch für Gewerbeparks und Industrieflächen) erarbeitet werden. Von deutscher Seite beteiligt sind die Städte Freiburg und München. Näher eingehen möchte ich hier auf das Beispiel Freiburg (vgl. Stadt Freiburg 2006).
Die Stadt Freiburg im Breisgau intendiert mit ihrem Projekt der Stadtbahnverlängerung Zähringen zweierlei: Einerseits soll der komplette Planungsprozess in Form eines umfassenden BürgerInnenbeteiligungsprozesses ge*gendert* werden, andererseits soll der GM-Prozess in die Verwaltung und speziell in die beteiligten Ämter, Stadtplanungs- und Tiefbauamt, hereingetragen werden.
Der Beteiligungsprozess begann mit einer Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger, auf der die Projektverantwortlichen Ziele und Vorgehensweise darlegten. Anschließend fanden Stadtteilspaziergänge statt, getrennt mit Frauen, Männern, Kindern, Jugendlichen, Mobilitätseingeschränkten und SeniorInnen, danach schließlich Diskussionsrunden, ebenfalls für die verschiedenen Zielgruppen getrennt, z.B. Geschäftsleute, Jugendliche, ältere Menschen.
Dieses Beispiel wirft die Frage auf, warum etwa MigrantInnen und ihre Bedürfnisse nicht als separate Gruppe wahrgenommen werden und ob es nicht auch Sinn machen würde, die Gruppen Kinder, Jugendliche, Mobilitätseingeschränkte und SeniorInnen ebenfalls nach Geschlecht zu trennen. Anstelle dessen wird hier versucht, im Rahmen von GM den reinen Geschlechterbezug zu verlassen und weitere Zielgruppen zu definieren. Hierin kann ein erster Schritt in Richtung Equity Planning gesehen werden. Als Ansatz ist dies positiv zu bewerten, aber es besteht die Gefahr, eine allgemeine Zielgruppenorientierung mit Gender Mainstreaming gleichzusetzen und dabei das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit aus den Augen zu verlieren.

Das ExWoSt-Projekt „Gender Mainstreaming im Städtebau"

Ende 2003 wurde das ExWoSt-Forschungsfeld „Gender Mainstreaming im Städtebau" gestartet. Es wurde vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und zwei Planungsbüros bearbeitet. Neben dem Vergleich bestehender Good-Practice-Beispiele und der Analyse des EU-Programms URBAN II sollte die konkrete Umsetzung von Gender Mainstreaming in der kommunalen Planungspraxis zweier Modellstädte (Pulheim und Dessau) und einer Referenzstadt (Bremen) durchgeführt und dokumentiert werden.[6] Im Folgenden möchte ich kurz diese Pilotprojekte beschreiben und darlegen, inwieweit sich die geforderte Umsetzung von Gender Mainstreaming hier in Richtung Diversity verschoben hat.[7]

Dessau ist eines von drei Oberzentren in Sachsen-Anhalt mit knapp 80.000 EinwohnerInnen, das durch einen hohen Wohnungsleerstand gekennzeichnet ist. Neben wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen hat die Stadt auch diverse soziale Aufgaben im Rahmen des Stadtumbaus zu bewältigen. Beim Pilotvorhaben „Flössergasse" ging es um die Aufwertung eines an das Stadtzentrum grenzenden, von Plattenbauten geprägten Wohngebiets, dessen Neugestaltung schon zu einem frühen Zeitpunkt unter Beteiligung der BewohnerInnen stattfinden sollte. Im Vorfeld wurden bereits eine Planungswerkstadt und eine erste BürgerInnenversammlung zur Information durchgeführt. Ein kontinuierlich tagender Arbeitskreis unter fachlicher Leitung wurde mit starker Beteiligung der BewohnerInnen gegründet und eine geschlechterdifferenzierte Haushaltsbefragung zu Wohnsituation und Gestaltungswünschen durchgeführt. Im Arbeitskreis waren Männer und Frauen zu gleichen Teilen vertreten, es überwogen allerdings ältere Menschen, was die derzeitige MieterInnenstruktur widerspiegelte. Es wurde versucht, auch die Belange nicht vertretener Gruppen (u.a. Kinder und Jugendliche) in den Planungsprozess einzubringen. Insgesamt wurde in dem Verfahren deutlich, dass die Unterschiede in Nutzungswünschen und -ansprüchen hier weniger entlang der Geschlechter differierten als vielmehr zwischen Alt und Jung.

Die Stadt Pulheim liegt im Erftkreis unweit von Köln und hat knapp 55.000 EinwohnerInnen. In ihrer heutigen Form existiert sie erst durch den Zusammenschluss vorher selbständiger Gemeinden durch die Gemeindegebietsreform der 1970er Jahre. Pulheim liegt in einer wirtschaftsstarken Region und zeichnet sich durch stetiges Bevölkerungswachstum aus. Hauptaufgabe ist neben der Ausweitung des Wohnraum- und Bauflächenangebots eine stärkere Entwicklung des Ortszentrums.

Pilotprojekt war deshalb die Um- und Neugestaltung des Stadtgartens, der einzigen größeren Grünfläche im Zentrum. Ein Schwerpunkt sollte die Entwicklung und Erprobung eines genderorientierten Beteiligungsverfahrens sein, das mit einem Stadtgartenfest verbunden wurde. Während des Festes wurde eine schriftliche Befragung von Kindern und Erwachsenen zu Nutzungserfahrungen und -wünschen durchgeführt, deren Ergebnisse in die weitere Planung einflossen. Zwei Drittel der Befragten waren Frauen bzw. Mädchen. Hier wurden also sonst im Planungsprozess nur schwer zu ermittelnde Anregungen und Wünsche erhoben. Im weiteren Verlauf fanden zwei

Planungswerkstätten statt, an denen neben interessierten BürgerInnen, VertreterInnen von Interessengruppen, aus der Kommunalpolitik und aus der Verwaltung teilnahmen. Der Frauenanteil betrug über 50%, die Mehrzahl der Teilnehmenden war über 40 Jahre alt, Kinder und Jugendliche beiderlei Geschlechts und MigrantInnen waren kaum vertreten. Trotzdem wurde darauf geachtet, die (vermeintlichen) Interessen der kaum oder nicht vertretenen Gruppen einfließen zu lassen. Den Abschluss des Pilotvorhabens bildete eine öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung.
Das Ergebnis ist ein Stadtgarten, der „wesentliche Kriterien einer gendersensiblen Parkgestaltung" (BBR 2006b, 36) erfüllt. Gemeint ist damit neben einem differenzierten, einsehbaren Wegenetz und genügend Kinderspielflächen, dass er den Bedürfnissen vieler unterschiedlicher NutzerInnengruppen gerecht wird.
Bremen ist mit knapp 550.000 EinwohnerInnen die größte der drei Städte. Trotz des demografischen Wandels und relativ hoher Erwerbslosenquote ist die Bevölkerungsentwicklung weitgehend stabil. Pilotprojekt war hier die Umgestaltung des Grünzugs „Leher Feld", der Ende der 1960er Jahre angelegt und seitdem nicht verändert wurde. Vorzufinden waren eine trostlose Spielfläche, unübersichtliche Wegeführung und eine insgesamt schlechte Aufenthaltsqualität. Der bereits vorliegende Planentwurf sollte um Gender-Kriterien und die Berücksichtigung der unterschiedlichen Nutzungsinteressen erweitert werden. Auch hier stellte ein umfassender Partizipationsprozess, bei dem u.a. eine schriftliche und eine mündliche Befragung und ein kleiner Beteiligungsworkshop durchgeführt wurden, den Kern des Projekts dar.
Im Ergebnis fanden in allen drei Städten die Ergebnisse der BürgerInnenbeteiligung Eingang in die laufende Planung. Die erarbeiteten Änderungs- und Ergänzungsvorschläge wurden bei der Umsetzung nicht nur berücksichtigt, sondern komplett übernommen. „In den Modellstädten wurde die differenzierte Zielgruppenorientierung als eindeutiger Gewinn von Gender Mainstreaming gesehen, da die Integration unterschiedlicher Nutzungsansprüche und -bedürfnisse zu passgenaueren Planungsergebnissen führte" (Bock 2006, 20). Nach Einschätzung des BBR läuft „diese Zielgruppenorientierung (...) jedoch Gefahr, dem eigentlichen Anliegen des Abbaus der Geschlechterhierarchien auszuweichen" (BBR 2006a, 18), da hier prozessuale Aspekte im Vordergrund stehen, die inhaltliche Auseinandersetzung aber nicht geführt wird. Die Beteiligung unterschiedlicher benachteiligter Gruppen am Planungsprozess wird an Stelle einer konkreten Zielformulierung im Rahmen des GM verfolgt. Diversity Planning bedeutet jedoch mehr als das.

Gender Mainstreaming = Diversity Planning?

„Gender Mainstreaming in der Stadtplanung (ist) eine Zielgruppendiskussion und vor allem eine Diskussion mit der Zielgruppe – d.h. ‚Es ist oft Gender drin, auch wenn es nicht draufsteht'" (Lojewski 2006, 13).
Wie sehen Chancen und Risiken der GM-Strategie aus? Sind durch die Einführung des GM in die Planungspraxis wirklich Ansätze einer Enthierarchisierung der Ge-

schlechterverhältnisse zu erkennen? Anlässlich der Abschlussveranstaltung kamen die Bearbeiterinnen des Forschungsprojektes „Gender Mainstreaming im Städtebau" zu folgendem Fazit: „Gender Mainstreaming führt zu einer inhaltlichen und prozessualen Qualifizierung von Planungsprozessen. Die Erfassung der Bedürfnisse der NutzerInnen, gezielte Bedarfsanalysen, ein genaues Nachschauen und Nachfragen sowie transparentere Interessenabwägung erhöhen die Passgenauigkeit und damit den effektiveren Mitteleinsatz in der räumlichen Planung." (Difu 2006)

Diese positiv klingende Schlussfolgerung mag bezüglich der drei Modellstädte auch stimmen, doch ist für die Qualifizierung von Planungsprozessen wirklich GM notwendig? Von Geschlechtergerechtigkeit ist im obigen Zitat nämlich nicht die Rede. Wie sieht es also aus mit der Geschlechtergerechtigkeit in der Planung?

Ging es anfangs darum, von Frauen für Frauen zu planen, nahm die Komplexität in den letzten Jahren zu. Akteurinnen waren zuerst feministische Architektinnen und Planerinnen, Adressatinnen die einheimische, mitteleuropäische Durchschnittsfrau, unmotorisiert und mit Familienverantwortung. Inzwischen hat sich der AdressatInnenkreis erweitert: Im Mittelpunkt steht zwar vielerorts immer noch der Idealtypus einer Hausfrau und Mutter, hinzugekommen sind jedoch andere unterrepräsentierte Gruppen, vornehmlich MigrantInnen und ältere Menschen. Was weitgehend fehlt, ist eine Unterstützung rollenuntypischer Raumaneignungsformen von Männern und Jungen. Bisher sind Männer als Adressaten und Akteure im Prozess selten aktiv engagiert. Treibende Kräfte sind häufig weiterhin Gleichstellungsbeauftragte und andere in feministische Zusammenhänge involvierte Frauen.

Geschlechterdifferenzierte Statistiken gehören inzwischen in vielen Städten zum Alltag, allerdings bleibt GM manchmal auf dieser Ebene verhaftet. Die Chance einer Einbindung in bestehende Stadtentwicklungs- und Städtebauprogramme wurde nicht systematisch genutzt, obwohl sich eine thematische Anknüpfung geradezu anbietet. Zudem gehen viele Gender-Projekte nicht über frauengerechte Planung hinaus, auch wenn sie unter dem Schlagwort GM firmieren. Es gibt allerdings auch Projekte, die vor der Einführung von GM entstanden, aber durchaus inhaltlich diesem zuzuordnen wären. Was GM genau bedeuten kann, ist in der Praxis trotz Definitionsversuchen von Seiten des Forschungsprojekts „Gender Mainstreaming im Städtebau" (BBR 2006b, 3f) weiterhin unklar. Ist es das reine Abhaken von Checklisten oder die konsequente Partizipation verschiedener NutzerInnengruppen; sollten immer wieder neue Modellprojekte durchgeführt werden, oder bedeutet es nicht doch mehr?

Was vielfach in der Praxis fehlt, ist die genaue Formulierung und Operationalisierung konkreter Ziele (vgl. auch BBR 2006a, 19). An deren Stelle tritt dann die in der Planung inzwischen hinlänglich erprobte nutzerInnendifferenzierte BürgerInnenbeteiligung, deren Ergebnis keineswegs geschlechtergerecht sein muss, sondern auch die Reproduktion des Bekannten sein kann. Daneben zeigt sich, dass die Genderperspektive bisher nicht so stark in scheinbar geschlechtsneutrale Planungsbereiche, wie z.B. Energieversorgung, Wasser/Abwasser, Einzug hält, sondern eben doch oft in den klassischen „Frauenbereichen" verhaftet bleibt.

Ist die Stadt tatsächlich geschlechtergerechter geworden? Sicherlich hat eine Sensibilisierung stattgefunden, „Frauenthemen" werden nicht mehr so belächelt, sondern haben zumindest verbal einen festen Platz auf der Agenda. Geschlechtergerechte Stadt bedeutet aber mehr als Frauenparkplätze, gut beleuchtete U-Bahn-Stationen und abgesenkte Bordsteinkanten. Diese bergen vielmehr die „Gefahr, die brisante gesellschaftliche Frage allmählich einzuschläfern und verdeutlichen, wie Forderungen der Frauenbewegung und Erkenntnisse aus der Frauenforschung politischem Opportunismus angepasst wurden" (Dörhöfer/Terlinden 1998, 10). Hier stellt sich die Frage, ob es möglich ist, durch planerische Maßnahmen eine geschlechtergerechte Stadt zu schaffen. Durch immer komplexere und differenziertere Bedürfnislagen vergrößern sich die Schwierigkeiten, durchgängig gültige Kriterien für geschlechtergerechte Planung zu finden (vgl. Harth 2005, 47).
Unabhängig vom raumplanerischen Kontext besteht zudem das Dilemma der Aneignung ehemals feministischen Gegenwissens durch patriarchale Institutionen und den Einbau in neoliberale Programme (vgl. Hofbauer/Ludwig 2005, 40). Unter dem Deckmantel der vermeintlichen Geschlechtergerechtigkeit wird möglicherweise keinerlei emanzipatorische Politik betrieben.[8] Eventuell wird ein vermeintliches „Modethema" adaptiert, um sich zu profilieren oder um Gelder für frauenspezifische Projekte einzusparen. Sowohl bei Gender als auch bei Diversity Mainstreaming geht es primär um die Punkte Beteiligung, Zugang und Integration. Bestehende Strukturen bleiben dabei weitgehend unhinterfragt. Färber weist auf ein weiteres Problem hin: „Stadtentwicklungspolitik wird auf allen Ebenen des politischen Systems betrieben: von der Europäischen Union, von Bund und Ländern sowie von den Kommunen und in den neuen Regionen. In diesem Mehrebenensystem der Steuerung besteht die Gefahr, dass die politischen Entscheidungsebenen sich gegenseitig die Zuständigkeit für Gender Mainstreaming zuschieben." (Färber 2005, 216f.)
Wir finden also viele Punkte, an denen die *Kategorie Geschlecht* inzwischen eine Rolle spielt. Jedoch mehr nach dem Motto: viel Gender – wenig Mainstream. Die klare Formulierung politischer Ziele bleibt in der Praxis weitgehend aus.

Anmerkungen

1 Mit dem Forschungsprogramm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) sollen in Form von Studien und Initiativen innovative Maßnahmen zu wichtigen städtebau- und wohnungspolitischen Themen gefördert werden.

2 Die Definition folgt weiter unten.

3 Der Begriff „geschlechtergerechte Planung" ist hier als Oberbegriff zu verstehen.

4 Für eine ausführlichere historische Darstellung der geschlechtergerechten Planung vgl. Grüger 2000, 21ff.; Dörhöfer/Terlinden 1998, 10ff.

5 Das Projekt GenderAlp! (www.genderalp.com) wird im Rahmen von Interreg IIIb durch den europäischen Strukturfonds finanziert und hat eine Laufzeit von 2005 bis 2007. PartnerInnen sind zwölf Städte und Regionen aus Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und Slowenien.

6 Bremen wurde als Referenzstadt hinzugenommen, um neben den beiden Mittelstädten auch noch eine Großstadt in die Auswertung einbeziehen zu können.

7 Das Projekt ist durch das BBR ausführlich dokumentiert (siehe Literaturverzeichnis).

8 Vgl. hierzu auch den etwas polemischen Artikel von Stein (2003).

Literatur

Bauhardt, Christine, 2003: „Equity Planning und Geschlechtergerechtigkeit. Gender Mainstreaming aus der Sicht kritischer Planungstheorie". PlanerIn. H. 1, 39-41.

Baumgart, Sabine, 2004: „Gender Planning als Baustein zur Profilbildung? Seitenansichten auf Gewerbe- und Dienstleistungsstandorte in der räumlichen Planung". In: Dies. (Hg.): Räume der Emanzipation. Wiesbaden, 77-101.

BBR (Hg.), 2004: ExWoSt-Informationen „Gender Mainstreaming im Städtebau" Nr. 1. Bonn.

BBR (Hg.), 2006a: ExWoSt-Informationen „Gender Mainstreaming im Städtebau" Nr. 5. Bonn.

BBR (Hg.), 2006b: Städtebau für Frauen und Männer. Werkstatt: Praxis. Heft 44. Bonn.

Bock, Stephanie, 2006: Gender Mainstreaming in der Flächenpolitik. Eine Expertise des ExWoSt-Forschungsfeldes Kreislaufwirtschft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung – Fläche im Kreis. Berlin.

Bohle, Pamela u.a., 2004: „Diversitätspolitik in Städten – Neue Wege der Integration". In: Wächter, Hartmut/Führing, Meik (Hg.): Anwendungsfelder des Diversity Management. München/Mering, 189-260.

Deutscher Städtetag (Hg.), 2003: Gender Mainstreaming. Best-Practice-Beispiele aus den Kommunen. Arbeitshilfe des Deutschen Städtetages in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstädten. Köln.

Difu, 2006: Medieninformation 5. April 2006. Gender Mainstreaming im Städtebau. Ergebnisse des Forschungsprojekts werden bei Abschlussveranstaltung in Köln vorgestellt. Internet: http://www.difu.de/ (28.04.2006).

Dörhöfer, Kerstin/**Terlinden**, Ulla, 1998: Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen. Basel, Boston, Berlin.

Färber, Christiane, 2005: „Partizipation und Gender-Kompetenz in der Städtebaupolitik". In: Behning, Ute/Sauer, Birgit (Hg.): Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy-Analysen. Frankfurt/M., 203-218.

Fainstein, Susan S./**Fainstein**, Norman, 1996: „City Planning and Political Values. An Updated View". In: Campbell, Scott/Fainstein, Susan S. (Hg.): Readings in Planning Theory. Cambridge, 265-287.

Fuhrmann, Nora/**Liegl**, Michael, 2001: „Wer weckt den Riesen? Gesellschaftliche Veränderungspotentiale von ‚Gender Mainstreaming'". In: Forum Wissenschaft. 18. Jg. H. 2, 42-45.

GenderAlp!, 2006. Internet: http://www.genderalp.com (28.03.2006).

Grüger, Christine, 2000: Nachhaltige Raumentwicklung und gender planning. Das Beispiel der Regionalplanung beim Verband Region Stuttgart. Dortmund Universität Dissertationsschrift 1999. Dortmund.

Harth, Annette, 2005: Freiraum und Geschlecht. Aktuelle Trends und Kriterien einer „gendersensitiven" Freiraumplanung. PlanerIn. H. 5, 46-47.

Hofbauer, Ines/**Ludwig**, Gundula, 2005: „Gender Mainstreaming – Geschlechtergerechtigkeit limited? Eine politische Strategie auf dem Prüfstand". Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft. 14. Jg. H. 2, 32-42.

Lojewski, Hilmar von, 2006: Gender Mainstreaming in der städtebaulichen Planung – Eine Herausforderung für die Verwaltung. In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hg.): Gender auf dem Weg in den Mainstream der Stadtentwicklung. Berlin auf dem Weg zu einer lebenswerten Metropole für Frauen und Männer. Berlin, 11-13.

Ruhne, Renate, 2003: Raum Macht Geschlecht : zur Soziologie eines Wirkungsgefüges am Beispiel von (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum. Opladen.